

Abschaffung der Roaming-Entgelte

Durch EU-Regelungen heute im Durchschnitt bereits 91% weniger Kosten als 2007. Ende 2013 neuer Kommissionsvorschlag ("**Binnenmarkt auch für Telekommunikation**"). Anbieter sollen ab 2014 freiwillig auf Roaming-Aufpreise verzichten. Tun sie das nicht, müssen sie Vertragskunden für Dauer des Auslandsaufenthalts freistellen, zu örtlichen Anbietern zu wechseln. Erhebliche Opposition der Mobilfunkbetreiber. Problematisch u.a. auch "versehentliches Roaming" im Grenzbereich; gemeinsame Initiative KHF mit Landtagskollegen (parlamentarische Anfragen, Anträge...). Vorschlag wird nun von Parlament/ Rat diskutiert werden; KHF in engem Kontakt zu EVP/ CDU Berichterstatter.

Fördermittel für den Niederrhein

insgesamt aus EU-Töpfen erhalten 2007-2013 (- Mitte 2013):

Mönchengladbach 255.000 Einwohner	ESF Mittel EFRE Mittel Interreg IV A insgesamt	5,1 Mio. € 3,3 Mio € 1,9 Mio € 10,3 Mio. €	(Sozialfonds) (Regionalfonds) (grenzüberschr. Zsarbeit)
Kreis Viersen 300.000 Einwohner	EFRE Mittel ESF Mittel Interreg IV A insgesamt	3,3 Mio. € 5,2 Mio. € 1,9 Mio € 10,4 Mio €	
Kreis Kleve 308.000 Einwohner	ESF Mittel EFRE Mittel Interreg IV A insgesamt	6 Mio € 1 Mio € 8,1 Mio € 15,1 Mio €	
Rhein-Kreis Neuss 450.000 Einwohner	ESF Mittel EFRE Mittel Interreg IV A insgesamt	4,6 Mio € 2,3 Mio € 0,36 Mio. € 7,26 Mio €	
Kreis Wesel 467.000 Einwohner	ESF Mittel EFRE Mittel Interreg IV A insgesamt	11,3 Mio. € 15,5 Mio. € 1,7 Mio € 28,5 Mio €	(Ziel 2/ Bergbau)

Krefeld

für Krefeld leider keine aktuellen Zahlen

NRW in neuer Förderperiode (2014 - 2020) **2,3 Mrd. € Fördermittel** (etwa gleich viel Geld wie in abgelaufener Periode). Konkretes Bsp: Für das von KHF eingebrachte Pilotprojekt "**Agrobusiness**" ist eine Fördersumme von 1,2 Mio. € vorgesehen. Es steht nun zwar noch die vorgeschriebene Ausschreibung bevor, doch wurde das Projekt auf den Niederrhein "zugeschnitten" - er wird als Paradebeispiel angeführt, wie entlang der gesamten Wertschöpfungskette von der Forschung bis zum Handel ein hochleistungsfähiges Kompetenzfeld entstehen kann, von dem eine ganze Region profitiert.

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)

Neuausrichtung für Zeit ab 2014 (Übergangsregelungen) bzw. 2015. Wichtig: Strategie! Moderne Agrarpolitik ≠ Subventionspolitik. Ziele: Steigerung Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit; Sicherung Landwirtschaft in EU. Verbesserung Umweltleistungen. Viele verschiedene Strömungen.

Problem: Nach Verabschiedung läuft derzeit Erarbeitung der so genannten delegierten Rechtsakte durch Kommission (Durchführungsbestimmungen). Besonders wichtig: Ausgestaltung "Greening" - fraglich, inwieweit sich Pläne der Kommission noch im Rahmen der Verordnung bewegen. Gefahr, dass z.B. anerkannten ökologischen Vorrangflächen (Zwischenfrüchte, stickstoffbindende Pflanzen, Kurzumtriebs-Plantagen) über besonders niedrig gewählte Gewichtungsfaktoren jegliche praktische Relevanz für die Fläche genommen würde. Deshalb Brief KHF an Kommission; Vernetzung mit Bauernverband und weiteren Kollegen.